

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

HEFT 18

juli / august

4. JAHRGANG 1989

DM 1.50



**Schatten
der
Vergangenheit**

In diesem Heft:

Einleitung	Seite .3
Europawahlen	Seite .4
Abschneiden der Faschisten in Dortmund	Seite .7
"Braunes Theater" in Buer	Seite 10
Gesinnungsurteil gegen Ingrid Strobl	Seite 12
§ 129a - Düsseldorfer Kurdenprozeß	Seite 13
Antifa-Wahlkampf in Recklinghausen	Seite 15
Antifa-Telephon Dortmund	Seite 17
Blick nach draußen	Seite 18
"Rettet den deutschen Vorgarten...."	Seite 22
Der braune Dreck muß weg	Seite 24
Skinhead-Treffen in Nieheim/Höxter	Seite 25
Leserbrief	Seite 26
Antifa-Koordination Nördliches Ruhrgebiet	Seite 28

Verkaufsstellen:

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Akzent-Buchhandlung

Herne:

- Kommühle
- Informationszentrum 3. Welt
- Grünes Büro
- DKP-Büro

Marl

- Bücherladen
- Die Mühlen-Kneipe

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken-Kneipe
- Acht-acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadt Schmiede
- Grünes Büro

Dülmen

- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Akzent-Buchhandlung
- Fraunstr.24
- Litfaß
- Themroc
- Blechtrommel

Bochum

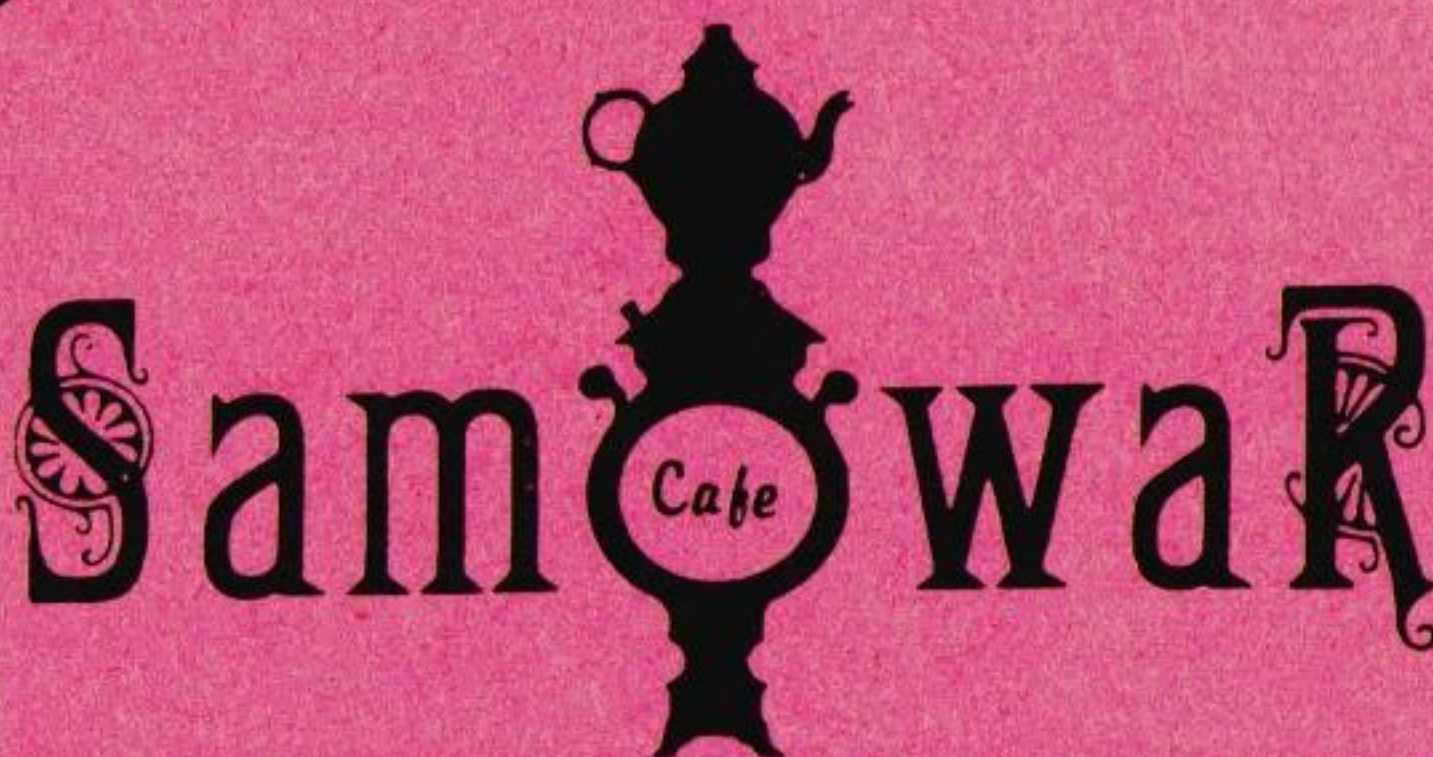
- Akzent-Buchhandlung

Herten

- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 02 31 / 10 49 16 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4600 Dortmund 1

EINLEITUNG

Europawahl 89 - natürlich das Hauptthema dieser "Sommerloch"-Ausgabe der **Anti-faZ**.

Neofaschistische Parteien nähern sich bundesweit der 10%-Marke. Betroffenheit und Erschrecken an allen Orten, jedoch meist gepaart mit der Überzeugung, das sei "vor-auszusehen gewesen".

Ja, wenn uns das etwa beruhigen kann, daß wir angesichts unserer eigenen Unfähigkeit, eine wirklich breite antifaschistisch-demokratische Offensive zu starten, dies Ergebnis tatsächlich "voraussagen" konnten.

Es scheint leicht, unsere Mängel aufzulisten:

Die antifaschistische Arbeit "griff" nicht in Gewerkschaften und Betrieben, nur ganz selten wie bei der Verhinderung der Gründung eines DVU-Landesverbandes in Schwelm waren wirklich viele aktive GewerkschafterInnen **auf der Straße** und haben gegen Neonazis **Flagge gezeigt**.

Die antifaschistischen Bündnisse waren oft nicht in der Lage, über die "Verhinderungsaktionen" hinaus positive Akzente gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu setzen. Diejenigen, die am lautesten **gegen** solche Verhinderungsaktionen zu Felde zogen, haben noch am wenigsten Aktivitäten für Völkerfreundschaft und Menschenrechte organisiert. Dies taten in der Regel nur diejenigen, die auch auf der Straße bereit waren, gegen den aufkommenden Faschismus zu kämpfen - und diese waren teilweise am Ende ihrer Kräfte!

Teile der Bewegung waren nicht in der Lage, die faschistischen Ziele der Republikaner zur Kenntnis zu nehmen, obwohl sich diese in nichts von denen der NPD oder der DVU unterscheiden. Sie bestaunten die "intelligente" Verpackung der REPS. Typisch deutsch: zwei, drei lateinische Worte in einer Rede, das bürgt für Intelligenz. Leiten sich die Republikaner großspurig von "res publica" ab, so überstrahlt dieser Bildungskraftakt all ihre übrigen widerwärtigen, faschistischen und rassistischen Hetzreden, für die ihr neuer "Führer" allemal gut ist.

Und noch eins: In der analytischen Arbeit sind wir oft zu oberflächlich:

So zählt die Tatsache, daß oft in Vierteln mit hohem Ausländeranteil REPS gewählt wurden, für viele schon als hinreichende Erklärung: Ursache sei also oft die "Angst vor dem Fremden", sei Ausdruck der "eigenen Entfremdung". Sind denn die über 15% der REP in Bayern tatsächlich Ausdruck der Angst um den Arbeitsplatz der Arbeiter im Ruhrgebiet?

Überhaupt, kommt der neue Faschismus nicht eher "von oben", von seiten der Herrschenden und ihrer systematisch vorgebrachten "neurechten" Ideologie, die unter bestimmten Bevölkerungsschichten, und auch heute wieder **nicht** in erster Linie in der Arbeiterschaft, auf fruchtbaren Boden fällt?

Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten haben in den kommenden Monaten gut zu tun, wenn wir verlorenen Boden aufholen wollen.

Eins wäre allerdings fatal: Wenn (auch) wir aus der Tatsache, daß die REP es erst einmal geschafft haben, in Parlamente einzuziehen, schlußfolgerten, jetzt müßten wir sie "wie Demokraten" behandeln. Wenn das so wäre, dann wäre auch die NSDAP von dem Augenblick an, als sie 20% und mehr der Stimmen auf sich vereinigen konnte, eine demokratische Kraft gewesen! Daher gilt nach wie vor:

Faschismus bedeutet den Tod der Demokratie! Faschistische Organisationen gehören verboten und aufgelöst!

EUROPAWAHLEN: NEOFASCHISTEN HOFFÄHIG GEMACHT

Wer auch immer nach dem 18. Juni Kommentare zum Ergebnis dieser Europawahlen abgab, er bezog sich ausgiebig auf den Wahlerfolg der Republikaner.

In der Wahlendung des ZDF wurde unmittelbar nach den ersten Hochrechnungen als erster Franz Schönhuber interviewt und fast zwanzig Minuten lang stand der Mann im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Als später dann, sehr spät, auch einmal die Grünen zu Wort kamen, wurde die zweite Sprecherin, Verena Krieger, nach zwei Sätzen einfach ausgeblendet. Deutlicher konnten die ZDF-Strategen kaum zum Ausdruck bringen, wo ihre Sympathien liegen. Und wo nicht!

Als wir uns abends mit FreundInnen des Antifaschistischen Bundes Recklinghausen trafen, um unsere Meinungen zum Wahlergebnis auszutauschen, war die Stimmung eine Mischung aus Erschrecken und Wut.

Wut darüber, daß die jahrelange Beschönigung der Neofaschisten durch die großen Parteien, insbesondere durch die Politik der CDU/CSU, dies Ergebnis möglich gemacht hat.

Erschrecken, weil allen klar war, daß dies eine weitere große Veränderung in der politischen Landschaft dieser (noch-) Republik bedeutete.

Das dürre Zahlenspiel:
Bundesweit 7,1%
(2.005.555 Stimmen) für die Republikaner, 1,6%
(445.390 Stimmen) für die NPD/DVU.

Das sind im Bundesdurchschnitt 8,7 % für diese beiden Hauptkräfte des Neofaschismus.

Demgegenüber kann nicht mehr beruhigend wirken, daß die Republikaner im-

merhin in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrheinwestfalen und Rheinland-Pfalz unter der 5%-Marke blieben.

Zudem liegen sie auch nur knapp darunter, wie zum Beispiel in Nordrheinwestfalen mit 4,7%.

Analysen über die Wählerwanderung können nur unvollständig Auskunft geben über die Herkunft der Republikanerstimmen geben. So soll die CDU etwa 750.000 Stimmen an die Rep-Faschisten, die SPD 150.000 Stimmen verloren haben.

Vorangegangene Untersuchungen hatten dies im großen und ganzen prognostiziert: Die faschistische Formierung vollzieht sich im wesentlichen als Radikalisierung im rechten Flügel des Konservatismus. Aber dies ist nur eine sehr allgemeine Feststellung, sie liefert keineswegs eine zureichende Erklärung des erschreckend hohen Gesamterfolges.

Auch das sogenannte

Nord-Südgefälle ist zwar auffällig, aber als Erklärung kaum hinreichend: Zum wahnsinnigen Erfolg von 15% in Bayern haben sicher bestimmte Faktoren wie die "Popularität" Schönhubers als ehemaliger Fernsehmoderator, die bayerische Entstehungsgeschichte der Partei und die "Republikanerpolitik"

Franz Straußens in der CSU beigetragen - aber auch diese Erklärungen sind oberflächlich: In München haben die Republikaner ihre größten Erfolge in Stadtteilen errungen, die als SPD-Hochburgen gelten.

Wer sind die Anhänger der REP?

Bei zahlreichen Gesprächen auf der Straße hörten wir immer wieder, auch von REP-Wählern, sie seien eine "Protest"-Partei, auf keinen Fall aber neofaschistisch.

In eine Spiegel-Umfrage gaben die REP-WählerInnen an, sie hätten früher CDU/CSU (51%), SPD (17%), NPD (6%), FDP (6%)

und Grüne (1%) gewählt. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach der Sympathie der REP-Wähler für andere Parteien. Als einzige Partei erreicht die CSU mit 0.2 bei den REP-WählerInnen einen positiven Wert. Es folgen die CDU (-0.2), SPD (-1.5), FDP (-1.9) und die Grünen (-3.1).

Auf einen nennenswerten Einbruch in die sozialdemokratisch orientierte Industriearbeiterschaft deuten die Zahlen zumindest nicht hin. Allerdings muß doch festgestellt werden, daß die Neofaschisten **eindeutig** auch in Arbeitervierteln Erfolge erzielen konnten, zum Beispiel in Recklinghäuser Bergarbei-

dies das wesentliche Motiv für die Wahl der REP war. Die Anhänger der REP halten ihre Partei etwa in der Frage der Arbeitslosigkeit keineswegs für besonders kompetent. Die Umfragen sagen aus: 12% der BundesbürgerInnen billigen den REP Kompetenz in Fragen der Regelung des "Ausländerproblems"

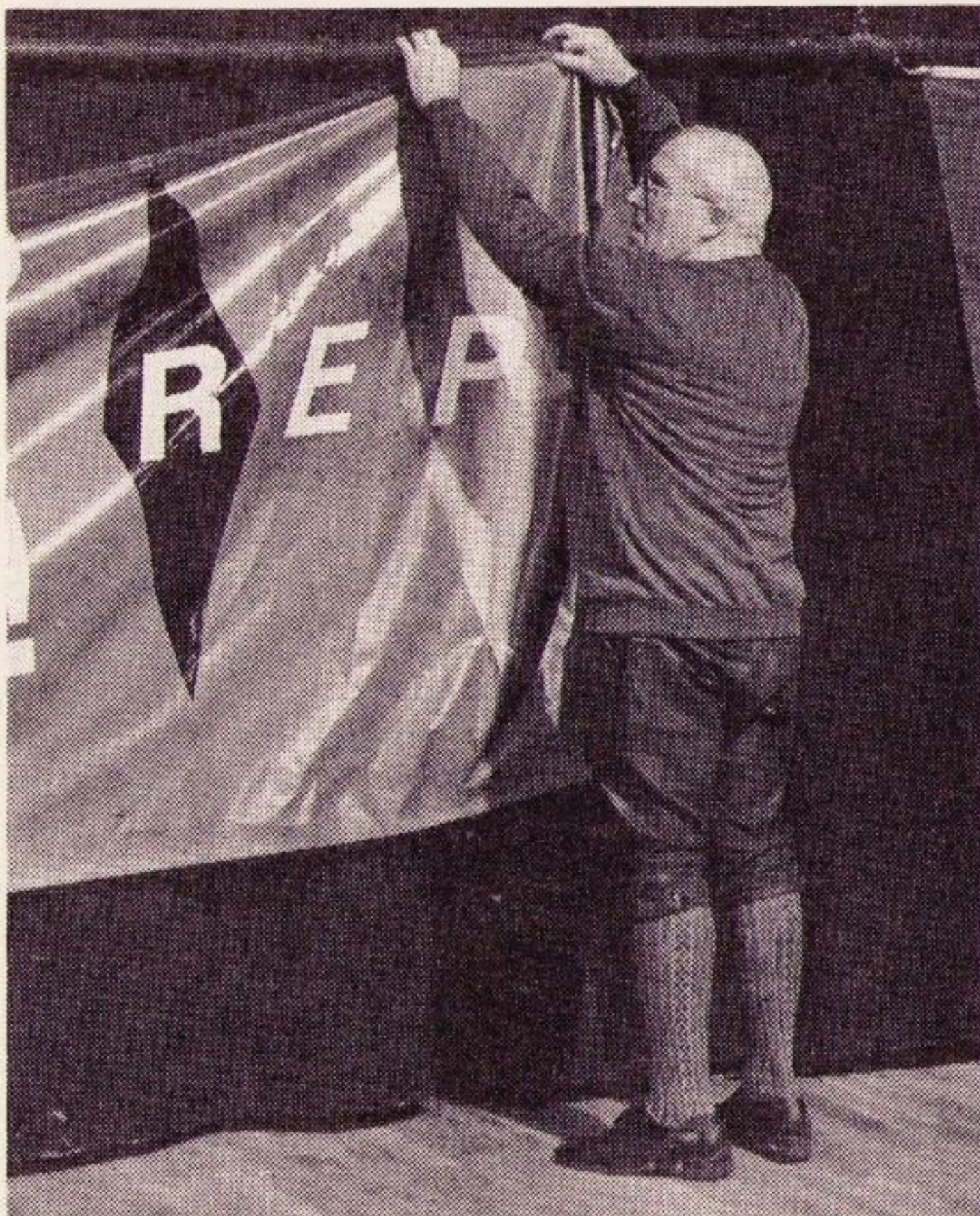
zu. Für alle anderen politischen Fragen, einschließlich Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit, liegt der Kompetenzwert der REP unter dem Stimmenanteil, den sie etwa bei der Berliner Wahl erhielten.

Deutliche re Antwort auf die Motive geben schon folgende Ergebnisse: Interessant ist die Haltung zu dem Spruch "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein". 27% der BundesbürgerInnen, aber 49% der REP-AnhängerInnen stimmen ihm "voll und ganz" zu. Null Prozent der REP-WählerInnen finden, daß diese Aussage überhaupt nicht stimmt.

Auf einer negativ/positiv-Skala erreicht Hitler im Durchschnitt einen Minuswert von 2.7, bei den REP-WählerInnen eine deutlich bessere Beurteilung von minus 0.6.

16% der BundesbürgerInnen, aber nur 2% der REP-WählerInnen sind der Meinung, der Nationalsozialismus habe "nur schlechte Seiten" gehabt.

38% der BundesbürgerInnen, aber nur 19% der REP-AnhängerInnen sind der Meinung, der Nationalsozialismus habe "mehr schlechte als gute Seiten" gehabt. Nur 3% der Bun-



7,1 Prozent fahren unter diesser Flagge.

Foto: Poly Press

Insgesamt ergibt sich hier ein relativ klares Bild: im wesentlichen rekrutieren sich die REP aus dem rechten und ultrarechten Spektrum. Wenn auch die örtlichen Wahlanalysen bisweilen den Eindruck erwecken, als ob die REP auch einen Einbruch in die Industriearbeiterschaft erzielt habe, muß man hier doch ziemlich skeptisch sein.

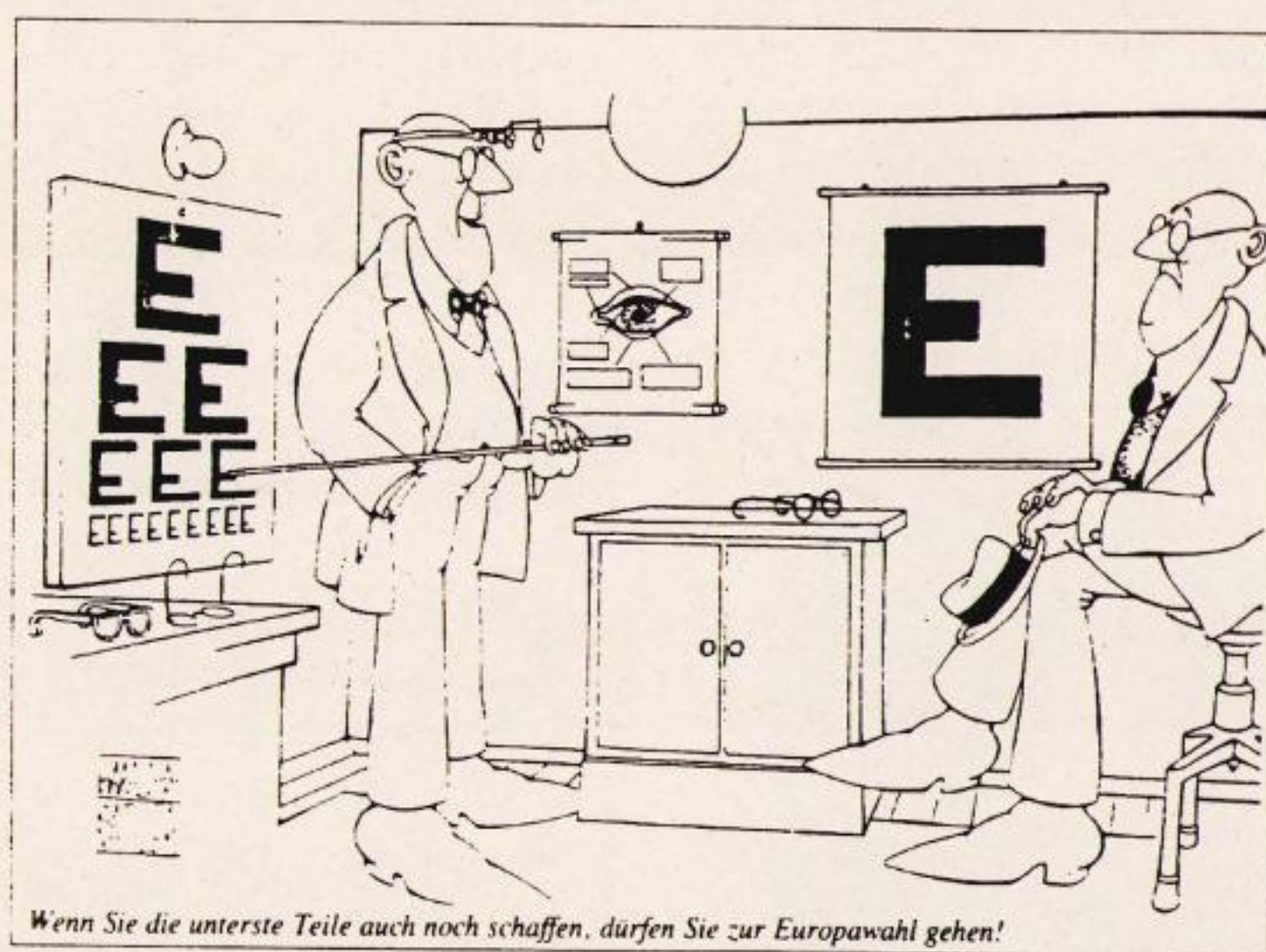
tervierteln.

Oft wird bei den Ursachen für die neofaschistischen Wahlerfolge Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot genannt.

Tatsächlich geben 17% der REP-WählerInnen an, sie seien mit ihrer Wohnung unzufrieden und ebenfalls 17% halten ihre eigene wirtschaftliche Lage für schlecht. Dennoch muß bezweifelt werden, daß

desbürgerInnen, aber 15% der REP-WählerInnen sehen im Nationalsozialismus "mehr gute Seiten".

Streit mit Recklinghäuser SozialdemokratInnen aus: So sei das falsch, vielmehr hätten die REP ins-



Als Fazit einer solchen Untersuchung drängt sich zumindest der Eindruck auf, daß die Wähler der REP keineswegs bloße "Protestwähler" sind, vielmehr scheinen hier tatsächlich Ansätze einer neuen faschistischen Sammlungsbewegung vorzuliegen.

Einbruch auch in der Arbeiterschaft?

In einem unmittelbar nach der Wahl herausgegebenen Flugblatt schreiben die "RecklinghäuserInnen gegen aufkommenden Neofaschismus": "Mit 5,4 % für die Republikaner und 1,4% für die DVU erreichten die Neofaschisten in Recklinghausen durchschnittlich fast 7%.

Besonders erschreckend: In Arbeitervierteln hatten die Republikaner besonders hohe Erfolge (z.B. in der "Neuen Heimat" in Hochlarmark)".

Über den letzten Satz brach dann sofort ein

gesamt in Recklinghäuser Stadtteilen mit überwiegender Arbeiterbevölkerung **nicht** überdurchschnittlich gewonnen. Nun ist zwar sicher richtig, daß in den sozialdemokratisch dominierten Vierteln mit überwiegender ArbeiterInnenbevölkerung die SPD in Recklinghausen nach wie vor Ergebnisse über 60% erzielte das ist aber kein Anlaß zur Beruhigung. Sicher werden in den Vier-

ten, im Durchschnitt zwischen 4 und 5 %, in einzelnen Stadtteilen, und hier eindeutig die mit einem großen Ausländeranteil, um die 10%.

Und dies ist schon "besonders erschreckend".

Einen ähnlichen "Trend" zeigt auch die Analyse der Dortmunder Wahlergebnisse.

Erste Schlußfolgerungen: Die Republikaner sind zum großen Teil von ehemaligen CDU-Wählern gewählt worden. Hierbei hat die regierungsoffizielle "Ausländer raus"-Politik sowie das seit Jahren von den konservativen Kräften betriebene Hoffähigmachen des deutschen Faschismus (Stichworte: Historikerstreit, Bitburg, Deutsches Nationalmuseum) offensichtlich bei größeren Teilen der konservativen Stammwählerschaft eine neofaschistische Partei "gesellschaftsfähig" gemacht; es sind Weichen hierzu gestellt worden.

Analysiert man, was wohl am meisten "gezogen" hat

In Bergarbeitervierteln holen Ultra-Rechte die meisten Stimmen

9,1% für „Reps“ im Fritz-Husemann-Haus / 4% für DVU an Strünkedestraße

teln mit über 9% für die Republikaner und mehr als 4% für die DVU in erster Linie ehemalige CDU-WählerInnen jetzt neofaschistisch gewählt haben. Nichtsdestoweniger ist eindeutig festzustellen, daß **auch** ArbeiterInnen die Neofaschisten gewählt ha-

bei den REPs, so scheint uns als vorläufige Antwort schlüssig:

Die REPS haben signalisiert, daß sie **bereit** sind, mit faschistischen Methoden "das Ausländerproblem" gründlich zu lösen (wenn nötig auch mit Gewalt und einem neuen

"Führer"), daß sie aber genügend verlogene "Schlaueheit" haben, um so etwas "ohne größeres Risiko" auch durchzuziehen - sie haben also verstanden,

diese Mentalität des deutschen Stammtisches zum normalen Bestandteil bundesdeutscher Politik zu machen.

Dem entspricht auch unse-

re Erfahrung, daß sich (bisher) noch die wenigsten REP-Anhänger trauen, sich öffentlich zu erkennen zu geben. Sie wissen genau, warum!

EUROPAWAHLEN IN DORTMUND ABSCHNEIDEN DER FASCHISTEN

In Dortmund hat König Fußball (Pokalsieger Borussia) die Massen weitaus stärker in Bewegung gesetzt, als es die Wahlen zum Europäischen Parlament vermochten.

Immerhin machten von den 453.660 Wahlberechtigten in den 620 Wahllokalen 285.412 Bürger, also 62,9%, von ihrem Wahlrecht Gebrauch; ungültig waren 1.992 Stimmabgaben. Des Überblicks halber seien hier die Ergebnisse für die 21 Parteien in der gesamten Stadt Dortmund aufgelistet:

SPD-----	155.926 St.	=55,0%
CDU-----	71.188 St.	=25,1%
GRÜNE-----	24.090 St.	=8,5%
REPUBLIKAN.-----	13.010 St.	=4,6%
FDP-----	11.079 St.	=3,9%
DVU-----	3.630 St.	=1,3%
ÖDP-----	1.195 St.	=0,4%
DKP-----	897 St.	
ZENTRUM-----	403 St.	
ÖKO-UNION-----	328 St.	
FAP-----	278 St.	
MÜNDIGE BÜRGER-----	225 St.	
BAYERNPARTEI-----	207 St.	
MLPD-----	184 St.	
CHRISTL.MITTE-----	181 St.	
NEU.BEWUSSTSEIN-----	133 St.	
PATRIOTEN-----	107 St.	
HUMANIST.PARTEI-----	102 St.	
FÜR DAS EUROPA DER ARBEITNEHMER / DEMOKR. -----	96 St.	
CHRISTL.LIGA-----	93 St.	
BSA IV.INTERNAT.-----	68 St.	

Als faschistisch darf man von diesen Parteien außer den REPUBLIKANERN (REP) und der DEUTSCHEN VOLKS-UNION (DVU), die hier näher betrachtet werden sollen, mit Fug insbesondere die

FAP und von ihrer Programmatik her sicher auch die ÖDP ansprechen, womit Aussagen über weitere Parteien in dieser Hinsicht nicht ausgeschlossen sein mögen. Angesichts der genaueren Kenntnis ihrer programmatischen Vorstellungen soll hier aber auf eine Zuordnung verzichtet werden.

Es kann nicht unsere Sache sein, voreilige Schlüsse aus dem guten Abschneiden der faschistischen Parteien vor allem in den Wahlbezirken Innenstadt Nord (REP 7,00%, DVU 2,54%), Derne/Scharnhorst (REP 5,35%, DVU 1,49%), Huckarde (REP 5,24%, DVU 1,76%) und Mengede (REP 5,57%, DVU 1,59%) zu ziehen. Immerhin sei an zwei Beispielen auf folgende Problematiken hingewiesen, die eine Zuspitzung im Wählerverhalten zugunsten der Faschisten vor Ort begünstigt haben dürften:

In Dortmund herrscht nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, die bei etwas unter 20% liegt. Die Arbeitslosen sind dabei vorwiegend auf die genannten Bezirke konzentriert. Ins Gewicht fallen dürfte dabei auch ein hoher Anteil an Jugendarbeitslosigkeit. Die Dortmunder Nordstadt ist heute nicht mehr als vorwiegendes Arbeiterviertel ansprechbar, vielmehr hat der Anteil an Rentnern und Personen, die ihren Lebensunterhalt vom Sozialamt beziehen, erheblich zugenommen. Der Anteil von Ausländern ist ebenfalls hier am größten. Dieser Teil der Wohnbevölkerung ist aber vom Wahlrecht selbst zu den Europawahlen ausgeschlossen. Die Bevölkerungsdichte ist in der Innenstadt Nord mit 38 Perso-

nen pro Hektar (Statistik aus 1986) zugleich relativ hoch. Für einen der zwölf statistischen Unterbezirke dieses über 55.000 Bewohner umfassenden Wahlbezirkes ist sie mit 249 Personen pro Hektar die bei weitem höchste in ganz Dortmund. Insgesamt zählt die "Nordstadt" zu jenem Bereich der Stadt, den man mit Recht als verelendet bezeichnen kann. Besonders heruntergekommen sind dabei vorwiegend von Ausländern bewohnte Wohnblocks wie der Schüchtermann-Block, wo zum Teil selbst die primitivsten sanitären Anlagen fehlen.

die Faschisten und nur 11,8% für die Union. Aus entsprechenden Vergleichen zu vorhergehenden Wahlen ergibt sich, daß der CDU-Anteil sich hier halbiert hat - bei einer durchschnittlich höheren Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Europawahlen. Die Anzahl der SPD-Wähler wurde nicht berücksichtigt, sie liegt in aller Regel zwischen 55 und 70%.

Von Interesse dürfte sein, daß die Faschisten in den Altenheimen im Schnitt schlechter abgeschnitten haben als im Gesamtdurchschnitt des Stadtbezirks.

Deutschlands Zukunft ?

Hier ist auch die hohe Kindersterblichkeit im Straßenverkehr besonders augenfällig; sie liegt statistisch viermal so hoch wie im Bundesdurchschnitt, ein Faktum, das deutlich macht, welche Auswirkungen das Zerlegen der Wohnsiedlungen durch stark befahrene Straßenanlagen - für den LKW-Verkehr insbesondere von und nach Hoesch - bei gleichzeitigem Mangel an Kinderspielflächen und völliger Unterversorgung etwa mit Plätzen an Kindertagesstätten nach sich zieht.

Besonders kraß zeigt sich das Ausmaß der Gewinne von REP und DVU um Nordmarkt und Borsigplatz herum. Hier seien einige Beispiele hervorgehoben und zum Vergleich die Anzahl der CDU-Wähler hinzugezogen. Die CDU hat besonders starke Einbußen zu verzeichnen, sodaß die Vermutung nahe liegt, daß besonders sie Wähler an die Faschisten abgetreten hat:

Es ist festzustellen, daß in einigen Wahllokalen der Anteil der REP-Wähler an den der CDU-Wähler heranreicht und

Besonders hervorheben muß man den Stimmbezirk 755 (Wahllokal Zur Lenteninsel, Gürthnerstr. 140), der zur Innenstadt Ost gehört: Hier bekamen die REP nicht eine der 180 gültigen Urnenstimmen (von 407 Wahlberechtigten), dagegen errang die FAP dort 11 Stimmen (=6,1%), die DVU weitere 4 (=2,2%). (Die CDU kam auf 33 Stimmen). Bei der Lenteninsel handelt es sich um einen allseitig umschlossenen Wohnblock mit zwei Tordurchfahrten in einen teilweise asphaltierten, teilweise begrünten Innenhof; dieser Wohnblock ist im Stil der frühen 30er Jahre gebaut. Daneben liegt die Schrebergartenkolonie "Zur Lenteninsel". Dieser Wohnbereich zeichnet sich durch ein großes Maß an Abschirmung nach außen aus und wirkt beinahe burgartig. Offenbar hat die FAP diesen Bereich zu ihrer Hochburg erkoren.

Relativ viele Stimmen erhielten die Republikaner und die DVU auch in einigen Stimmbezirken von Scharnhorst. Der Stadtteil Scharnhorst stellt gleichsam

Was wollen die Deutschen wirklich?

ihn zusammen mit dem der DVU- und der FAP-Wähler sogar überflügeln kann. Im Wahllokal Haus Schotte, Kameener Str., kommt die CDU auf 10,1% der Stimmen, die Faschisten auf 10,4% und in einem Wahlbezirk, Wahllokal Oesterholz-Grundschule sind es gar 13,3% für

ein Stück "Märkisches Viertel" (Betonwüste) in Dortmund dar und ist noch vor gar nicht langer Zeit durch einen hohen Anteil an Kindern mit Blutbild-Anomalien in die Schlagzeilen geraten. Hier stand seinerzeit die größte Benzolfabrik des Nazi-Reiches.

Heute zeichnet sich dieser Stadtteil durch einen besonders hohen Anteil an Aussiedlern aus, der rund 30% der Wohnbevölkerung ausmacht. Die Aussiedler werden größtenteils von den Alteingesessenen wegen mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache als Ausländer empfunden, und als ungerecht werden ihnen gewährte Zuschüsse zur Eingliederung in die hiesige Gesellschaft insbesondere von denjenigen angesehen, die am Rande des Existenzminimums leben. Da jedoch die Aussiedler im Unterschied zu Ausländern von vornherein das Wahlrecht haben, könnte ein Teil der REP-Wähler auch auf ihr Konto gegangen sein.

Insgesamt gesehen ist jedenfalls festzustellen, daß der Anteil der Wähler von faschistischen Parteien in dem Maße zunimmt, wie es sich um Bezirke mit einem höheren Anteil an sozial Benachteiligten handelt, bei denen eine Tendenz vorherrscht, untereinander bestehende Unterschiede in den Chancen einander zu neiden.

Als Debakel muß man insbesondere das sehr schlechte Abschneiden der revolutionären Gruppen ansehen. Trotz nicht unerheblichen Einsatzes hat z.B. die MLPD fast 100 Stimmen weniger bekommen als die Rabauken von der FAP. Über die eigentliche Stärke der FAP sagen die 278 Stimmen in Dortmund dennoch nicht viel aus. Mancher Skinhead und Borussenfrontler dürfte sich in einem Wahllokal ähnlich fehl am Platze vorkommen, wie mancher Autonome, zumal man dort mit Europa eh "nichts am Hut hat".

Das Potential der Ungültig-Wähler könnte dagegen eher der Linken zuzuordnen sein....

druckwerk

Wessel · Wagener · Buszewski GbR

Anzeige

Offsetdruck
Reprografie
Fotosatz



Drei Monate lief der Umbau auf vollen Touren. Jetzt ist es endlich geschafft. Das neue DRUCKWERK steht:

Wie gehabt im Hinterhof aber größer und schöner und, und, und...

Wir freuen uns auf weitere gute Zusammenarbeit.

Die **Druckwerker**

Ab 24 Juli 1989
Penningskamp 12a
4600 Dortmund-Hörde (30)
Telefon 43 18 21

„Braunes Theater“ in Buer von der Polizei aufgelöst



Für Mittwoch, den 14.06.89, um 17.30 rief die DVU-Liste D zu ihrer zentralen Hauptwahlkampfveranstaltung für das Ruhrgebiet, mit ihrem Vorsitzendem Frey, Spitzenkandidat für die Europawahl, als Sprecher auf. Der Kundgebungsplatz war der Marktplatz in Gelsenkirchen-Buer.

Nach Bekanntwerden des Vorhabens der Faschisten bildete sich ein Bündnis aus 17 Organisationen, bestehend aus: VVN-Bund der Antifaschisten, Die Grünen, DKP, MLPD, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Schülervertretung Gesamtschule Uckendorf, Türkische Arbeitervereinigung, SDAJ, Arbeiterjugendverband Marxisten - Leninisten, Rotfüchse, Aktion gegen Krieg, Initiativkreis „Zusammenlegung jetzt“, Unterstützerkreis „Kämpfende Jugend“, BWK, SJD-Die Falken, DIDF und Kuhle Wampe. Außerdem waren nicht-organisierte Menschen beteiligt. Seitens des Bündnisses wurde für denselben Tag eine Demonstration, mit abschließender Kundgebung, durch die Innenstadt von Gelsenkirchen-Buer angemeldet. Dieses

wurde vom Polizeipräsidenten verboten, und vom Verwaltungsgericht wurde das Verbot bestätigt. Trotzdem traf am 14.06. mehrere hundert Menschen um 16.00 am ursprünglich geplanten Treffpunkt am Goldbergplatz. Nach Absprache mit der Polizei wurde dann eine Demonstration durch die Innenstadt, mit Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz, dem Wahlkampfveranstaltungsort der DVU-Liste D, durchgeführt. Die Anzahl der Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Gelsenkirchen und anderen Ruhrgebietsstädten vermehrte sich dort nach Angaben der Presse auf 1200. Auf dem Marktplatz gab es verschiedene Redebeiträge. Neben dem gemeinsamen Flugblatt des Bündnisses wurden auch Flugblätter von Organisationen, teils aus anderen Städten, verteilt, und antifaschistische Broschüren verkauft. Weiterhin wurden viele Transparente mitgeführt.

Als der Lautsprecherwagen der Faschisten um 17.30 eintraf, wurde er gebührend, mit enormer Lautstärke, und vielen Eiern und Farbbeuteln, empfangen. Dieses währte einige Zeit, und stei-

gerte sich, als ein Faschist mit seiner Volksverhetzung loslegte. Als dann Kartoffeln und Flaschen flogen, setzte die Polizei einen Greiftrupp ein. Der Versuch, Leute rauszugreifen, scheiterte an dem entschlossenem Widerstand der

Neu war, daß sich diesmal SPD und JUSOS an der antifaschistischen Kundgebung beteiligten, wo sie auch eigene Flugblätter verteilten. Die JUSOS erhoben den Anspruch, Parolen der Faschisten zu widerlegen. Ob das Vorurteil, daß Aus-



Antifaschisten und Antifaschistinnen. Unnötigerweise wurde dabei ein Polizist von einem Flaschenwurf verletzt. Dieses provozierte einen aggressiveren Polizeieinsatz, der 2 Festnahmen und Verletzungen, u.a. durch Einsatz aus unmittelbarer Nähe des völkerrechtlich geächteten CS-Gases, zur Folge hatte. Kurz danach löste der Einsatzleiter der Polizei die DVU-Liste D-Kundgebung auf, da „der Schutz der Redner nicht mehr zu gewährleisten (ist)“ (WAZ v. 15.06.). Frey selber konnte nur zwei Minuten sprechen. Als alles vorbei war, kam es später zu Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Sympathisanten der DVU-Liste D. Dabei wurden neun Antifaschisten kurzfristig festgenommen.

länder Arbeitsplätze wegnehmen, dadurch widerlegt werden kann, daß Ausländer „sehr oft unangenehme, gefährliche und ungesunde Tätigkeiten in den unteren Lohn- und Qualifikationsgruppen aus(üben)“ und „für den beruflichen, sozialen und materiellen Aufstieg vieler deutscher Arbeitskräfte ... sie eine wesentliche Bedingung (waren).“, ist fraglich. Setzt es doch als Ausgangspunkt voraus, das ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen eben für solch eine Drecksarbeit bestimmt sind.

Die Tatsache, das die DVU-Liste D bereits zum dritten Mal eine Wahlkundgebung in Gelsenkirchen durchführen wollte, deutet auf eine Schwerpunktsetzung im Kommunalwahlkampf hin.



5 JAHRE HAFT GEGEN INGRID STROBL

"Ich bekenne mich schuldig, eine radikale linke und feministische Gesinnung zu hegen und diese nicht ablegen zu können und zu wollen, schuldig, die Ausbeutung und Erniedrigung der Frauen in der Welt als sexuelles Handelsobjekt nicht hinnehmen zu können, schuldig, die kalte Amnestie für NS-Verbrecher und deren tragende Rolle bei der Etablierung des Staates Bundesrepublik nicht hinnehmen zu können..., weder den latenten noch den akuten Rassismus, weder den latenten noch den akuten Antisemitismus in dieser Gesellschaft hinnehmen zu können."

In ihrem Schlußwort vor der Urteilsfällung im "Wecker-Prozeß" gegen Ingrid Strobl bezeichnete sie sich als "Feministin, Internationalistin und Antifaschistin in einer Gesellschaft, die NS-Verbrecher, Sklavinnenhändler und Ausländer-
raus-Politiker von jeder Schuld frei spricht".

Diese Gesinnung Ingrid Strobbs brachte ihr fünf Jahre Haft ein, anders kann das Urteil wohl nicht interpretiert werden. Oder rechtfertigt der Kauf eines Weckers dieses Urteil, eines Weckers, der einige Wochen nach dem Kauf bei einem Anschlag der RZ benutzt wurde? Es konnte Ingrid Strobl gar nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, daß sie von dem Verwendungszweck gewußt hat. Den Namen des Bekannten, für den sie den Wecker gekauft hatte, weigerte sie sich preiszugeben, weil sie ihre Freiheit nicht auf Kosten eines anderen Menschen erkaufen wollte. Auffällig an der Handlungsweise des Gerichts ist, daß es nicht nach dem Grundsatz "Im Zweifel für den/die Angeklagte/n" verfuhr, sondern im Gegenteil alle belastenden Zeug-
nenaussagen, selbst wenn sie widersprüchlich ausfielen, zur Urteilsbegründung heranzog, während Entlastendes vernachlässigt wurde.

Es erhebt sich die Frage nach dem "Warum", um so mehr als üblicherweise die deutschen Gerichte erhebliche Skrupel zeigen, höhere Haftstrafen über mutmaßliche Mehrfachmörder zu verhängen, wenn auch nur die kleinsten Unsicherheiten bei den Belastungszeugen auftreten. Diese Milde gegen KZ-Mörder z.B. steht in krassem Gegensatz zu der Verhängung von fünf Jahren Haft für die Unterstüt-

zung einer terroristischen Vereinigung. Die Mutmaßung der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung stützte sich in hohem Maße auf Veröffentlichungen der Journalistin Ingrid Strobl, die kritisch zu Themen wie Asylpolitik, Abschiebep Praxis und Sextourismus Stellung bezieht.

Es handelt sich um Themen, die die RZ zur Begründung ihrer Anschläge herangezogen hatten. Die Kritik am Sextourismus z.B. darf doch wohl nicht deshalb verboten sein, weil bestimmte Leute deshalb Anschläge ausführen. Muß der/die KritikerIn dafür haften? Die Vermutung liegt nahe, daß Widerstand - und sei es auch Widerstand in Form einer abweichenden Meinung - kriminalisiert wird. Ist das noch Demokratie?

Es entsteht der Eindruck, daß der Paragraph 129a, der die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt, je nach Bedarf ausgeweitet wird, um erstens kritische, radikale Stimmen strafrechtlich verfolgen zu können und damit mundtot zu machen und zweitens eine Abschreckungswirkung auszuüben. Eine bloße Solidaritätserklärung mit Inhaftierten, mit Dissidenten genügt, um als UnterstützerIn einer terroristischen Vereinigung angeklagt zu werden. Für etwaige Feinheiten in der Stellungnahme interessiert sich das Gericht nicht, wohl deshalb nicht, weil es einfach um blinde Bekämpfung geht. Offensichtlich sollen abweichende Meinungen und Widerstand gegen bestimmte Praktiken ausgemerzt werden. Letztlich führt der § 129a zur Einschüchterung, zum Ducken. Aber das ist ja wohl auch beabsichtigt.

§129a - Der Düsseldorfer Kurdenprozeß

Zur Zeit sind 14 Kurden, die den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan unterstützen, unter Isolationshaftbedingungen in westdeutschen Gefängnissen inhaftiert. Die meisten sind seit über einem Jahr in Haft. Generalbundesanwalt Rebmann hat im Herbst 1988 Anklage nach §129a wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der legalen Vereine FEYKA-Kurdistan erhoben.

Ihnen werden nicht nur völlig unbewiesene Vorwürfe wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Parteiabteilung „Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst“ und zum „Europäischen Zentralkomitee der PKK-Europa“ gemacht, sondern auch Beteiligung an „PKK-Volkserichten im Libanon“. Vertreter der PKK erklärten immer wieder, daß sie den bewaffneten Kampf in Kurdistan führen und Gewalt gegen Kurden außerhalb Kurdistans ablehnen.

Ziel der Anklage ist, die gesamte Tätigkeit der PKK weltweit in der BRD zu kriminalisieren und die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes mit Hilfe der Verfolgung nach §129a zu unterbinden. Die Verteidiger der Angeklagten kommen bei



ihren Einwendungen gegen die Anklageschrift zu dem Schluß: „Diese Anklage kann, an rechtlichen Maßstäben gemessen, nicht zugelassen werden.“ Der Termin für die Zulassung der Anklage, über die das OLG Düsseldorf entscheiden muß, ist von Mitte Mai auf Mitte August verschoben worden. Offensichtlich, weil der Prozeß seitens der Kläger noch „besser“ vorbereitet werden muß.

Beispiele für Protestaktionen

Die „Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW“ nahm mehrfach Stellung gegen die Behinderung der politischen Arbeit kurdischer Organisationen. Sie wandte sich z.B. an das Kölner Ordnungsamt und Innenminister Schnoor (SPD) und verlangte die Aufhebung einer Ord-

nungsverfügung gegen den Besitzer des Agri-Verlages. In dieser Ordnungsverfügung auf Grundlage des Ausländerrechtes waren ihm u.a. Äußerungen gegen den kolonialistischen israelischen Siedlerstaat verboten worden, weil dies die außenpolitischen Belange der BRD störten. Ebenso wandte sich die Landeskonferenz gegen die Isolationshaftbedingungen und forderte die Einstellungen der Ermittlungen nach §129a.

Am 13. Mai fand in Düsseldorf eine Demonstration gegen die Kurdenverfolgung in der BRD statt. Etwa 6000 Menschen beteiligten auf Aufruf von Feyka Kurdistan. Die Demonstration solidarisierte sich auch mit den Forderungen der kurdischen Gefangenen nach Aufhebung der Isolationshaft. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mehrere von ihnen im

Hungerstreik. Die Gefangenen haben diesen Hungerstreik zu verschiedenen Zeitpunkten aufgenommen, die meisten schlossen sich Anfang bis Mitte April an. Anfang Juni sind immer noch acht Kurden im Hungerstreik.

Am 25.5. solidarisierten sich 65 Teilnehmer der Veranstaltung „Über den Faschismus in der Türkei und Türkei-Kurdistan“, die von „TAYAD“, einer Angehörigenorganisation von Gefangenen aus der Türkei in der „Zeche Carl“ in Essen organisiert wurde, mit den Forderungen der Gefangenen. In einem Brief an NRW-Justizminister Krumsiek und den zuständigen Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Karlsruhe, die für die Haftbedingungen verantwortlich sind und für ihre Änderung Sorge tragen könnten, heißt es:

„Die kurdischen Untersuchungsgefangenen wenden sich gegen die Haftbedingungen, insbesondere gegen die Beschränkungen beim Bezug von Zeitungen und Büchern (ihnen ist der Bezug kurdischer Zeitungen untersagt, der von türkischen Zeitungen stark eingeschränkt) ..., die Kriminalisierung von Be-



suchen, entwürdigende Durchsuchungen nach Hofgängen und der Fesselung an Händen und Füßen bei Transporten ... Die kurdischen Gefangenen wenden sich auch gegen die Haltung der BRD, die mit der Verfolgung kurdischer Politiker mit Hilfe des § 129a ohne wenn und aber dasselbe Konzept wie der türkische Staat gegen den kurdischen Befreiungskampf verfolgt ... Wir fordern Sie ... auf, bedingungslos und auf der Stelle die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen zu erfüllen."

Am 31.5. solidarisierten sich 14 Anhänger der „Revolutionären Einheitsplattform“ (PKK – Arbeiterpartei Kurdistans, SVP – Sozialistische Heimatpartei und TKP/B – Kommunistische Partei der Türkei/Einheit) durch einen Hungerstreik vor dem Duisburger Rathaus mit dem Widerstand in den Ge-

fängnissen in der Türkei, Kurdistans und der BRD. Der Solidaritätshungerstreik wurde nach einer Woche beendet.

Das „Solidaritätskomitee mit den politischen kurdischen Gefangenen in der BRD, Ruhr“, daß sich vor einigen Monaten gebildet hat, hat die oben beschriebenen Aktionen unterstützt. Uns liegt daran, den Kreis derjenigen, die sich mit dem kurdischen Befreiungskampf und gegen die Kurdenverfolgung in der BRD, insbeson-

dere gegen die anstehenden Prozesse solidarisieren, zu erweitern.

(Solidaritätskomitee mit den politischen kurdischen Gefangenen in der BRD, Ruhr)



Kurdischer Dichter Feqiyê Teyran

ANTIFASCHISTISCHER WAHLKAMPF IN RECKLINGHAUSEN

Die Betroffenheit war groß, als sich Mitglieder und Freunde des Antifaschistischen Bundes, der Jusos und andere am Abend der Europawahlen trafen: Die schlimmsten Befürchtungen waren noch übertroffen worden.

Dann wurde heiß debattiert: Woran hats gelegen? Haben wir nicht genug gemacht?

Haben wir nicht das Richtige gemacht?

Hier eine kurze Schilderung, was wir in den vergangenen Wochen gemacht hatten:

Aktion anlässlich des "100. Geburtstages von A.Hitler"

Das Bündnis "RecklinghäuserInnen gegen aufkommenden Neofaschismus" sammelte über 200 Unterschriften unter einen Bürgerantrag, der den Rat der Stadt aufforderte, Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft "endgültig und für alle Zeiten" abzuerkennen. Der Rat der Stadt schloß sich diesem Bürgerantrag einstimmig an. Bürgermeister Welt verlas eine "historische" Erklärung.

Bürgerantrag des AFB zu den "Republikanern"

Der Antifaschistische Bund stellte einen Bürgerantrag, neben DVU, NPD, NF und FAP auch die neofaschistischen Republikaner zu ächten und ihnen seitens der Stadt keine Räume und Plätze zur Verfügung zu stellen.

Der Rat schloß sich diesem Antrag nur zum Teil an.



Erfreulich: Der Rat betrachtet die Republikaner in einer Reihe mit DVU, NPD, FAP u.a. als neofaschistisch und fordert den Bundesinnenminister auf, sie zu verbieten. Negativ: Erneut argumentiert der Rat "juristisch" und verneint die Möglichkeit, ihnen Räume und Plätze zu versagen.

Antifaschistische Stadtkonferenz

Gemeinsam mit den Recklinghäuser Jusos führte der

Antifaschistische Bund am 20. Mai eine erste antifaschistische Stadtkonferenz durch. Andere Organisationen beteiligten sich nicht, angeblich, weil die Zeit zur Vorbereitung ihnen zu kurz erschien.

Dennoch nahmen ca. 35 Menschen teil. Die Konferenz war durch das Auftreten der DVU in Recklinghausen an eben diesem Tag gezwungen, ihren Zeitplan zu ändern, das schadete dem Elan der Diskussion keineswegs, im Gegen-



teil: Aufgrund der gerade frisch gemachten Erfahrungen mit dem massiven Polizeischutz für die DVU-Kundgebung wurde das Thema "Was können wir gegen neofaschistische Auftritte tun" sehr ausführlich und engagiert diskutiert. Weitere Themen waren: "Wie geht es weiter mit dem Kampf um das Verbot faschistischer Organisationen?", "Welche Ziele hat die autonome antifaschistische Frauenbewegung?" und "Worin liegen die sozialen Ursachen von Rassismus und aufkommendem Neofaschismus?".

Die Konferenz beschloß als praktische Aufgabe, eine zweite antifaschistische Stadtkonferenz nach der Sommerpause durchzuführen sowie kurz vor den Europa-Wahlen eine antifaschistische Kundgebung auf dem Recklinghäuser "Alten Markt" zu organisieren.

Antifaschistische Kundgebung zu den Europa-Wahlen am 16. Juni

Zwei Tage vor den Europawahlen wollte das Bündnis "RecklinghäuserInnen gegen aufkommenden Neofaschismus" eine antifaschistische Wahlkundgebung durchführen.

Der AFB hatte es übernommen, die Kundgebung anzumelden. Gemeinsam wollten die beteiligten Gruppen (Jusos, AFB, Grüne, DKP, MLPD und Flüchtlingskoordination) auf verschiedene Aspekte des anwachsenden Neofaschismus eingehen.

Anfangs lief auch alles unproblematisch: Das Ordnungsamt wies uns den nördlichen Teil des Marktes zu, da auf dem südlichen Teil "schon andere Informationsstände" angemeldet waren. Dann aber, einen Tag vor der geplanten Kundgebung, kam der Hammer: Der Polizeipräsident Recklinghausen höchstpersönlich verbietet unsere Kundgebung mit geradezu aberwitzigen Begründungen.

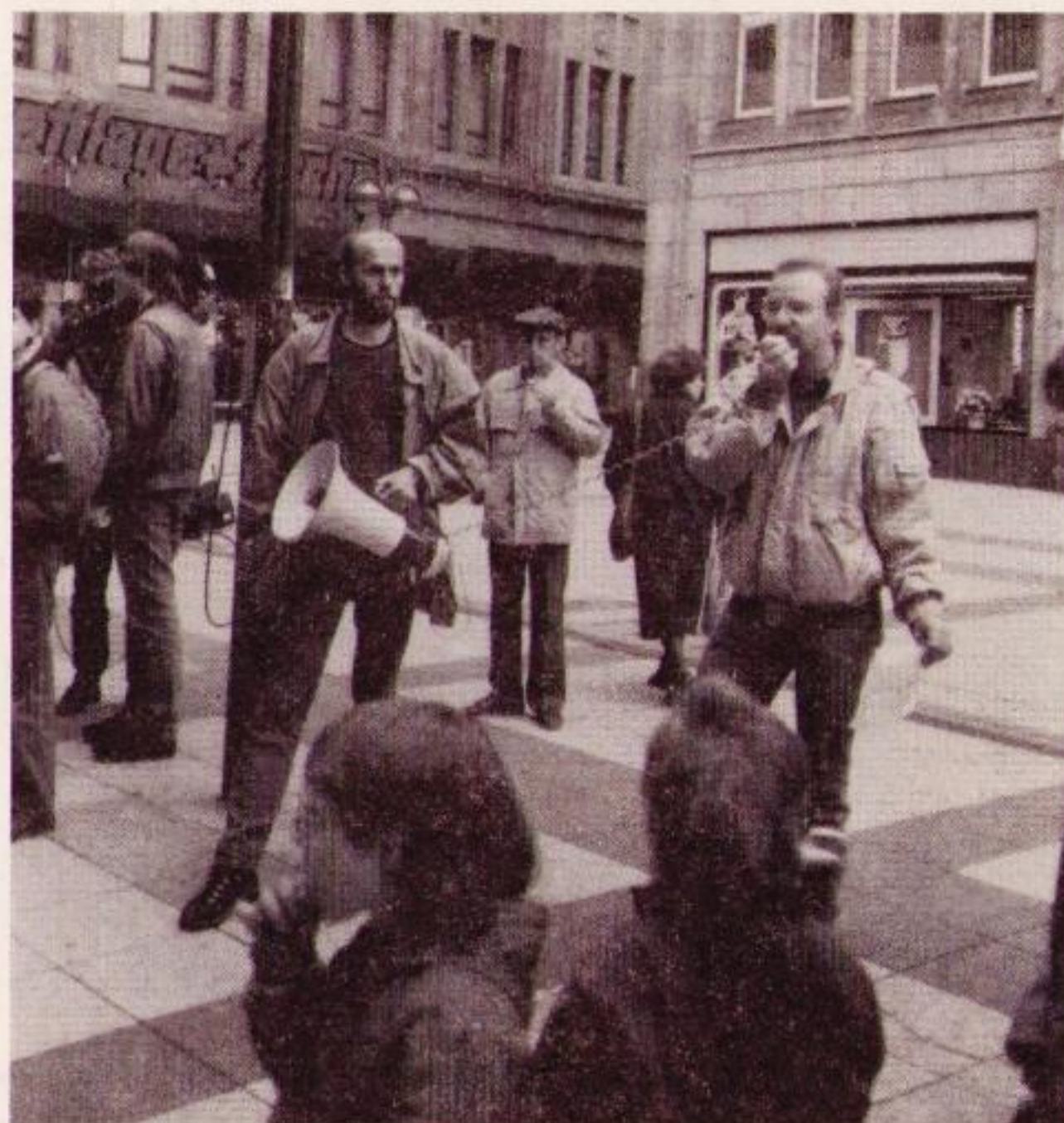
Der tatsächliche Hintergrund: Da Herr Blüm von der CDU an diesem Tag anwesend ist, beschließt der Polizeipräsident, diesen als zu schützenden Demokraten zu deklarieren und alle anderen kurzerhand zu antidemokratischen, gegnerischen, zur Gewalt tendierenden Kräften zu degradieren. Auch der Versuch, mittels einstweiliger Verfügung doch noch die Genehmigung zu erhalten, scheitert.

Bleibt als letzter Ausweg, die Kundgebung durchzuführen: Die Grünen melden die Veranstaltung spontan als "ihre" Wahlkundgebung an, sodaß der bis dahin von der Polizei festgehaltene Lautsprecherwagen auf den Kundgebungsplatz fahren kann.

Ein einmaliger Skandal! Der AFB legte natürlich gegen die Verbotsverfügung des Polizeipräsidenten Widerspruch ein.

Merkwürdig bleibt im Zusammenhang mit der Kundgebung, die dann wie geplant durchgeführt wurde, allerdings noch einiges: Wenn der Polizeipräsident tatsächlich irgendwelche "Gefahr" von der antifaschistischen Kundgebung erwartet hätte, warum konnte diese dann als "grüne" Veranstaltung völlig ungestört durchgeführt werden? - die Polizei war plötzlich verschwunden.

Wie ist es zu erklären, daß die örtliche Presse weder vor noch nach unserer Kundgebung auch nur eine Zeile dazu schrieb; auch



die Presseerklärung des Bündnisses, in der gegen den Polizeipräsidenten protestiert wird, wurde nicht abgedruckt.

Stattdessen erscheint aber, gut plazierte, die Initiative des Recklinghäuser Bürgermeisters Welt, bei den kommenden Kommunalwahlen "gemeinsam gegen Links- und Rechtsextreme" vorzugehen.

Sollte das alles Zufall sein?

Alles deutet daraufhin, daß SPD, CDU und örtliche Verwaltung gemeinsam mit dem Recklinghäuser Polizeipräsidenten eine Linie ausgearbeitet haben, welche den massiven Versuch darstellt, die Linke aus der antifaschistischen Arbeit herauszudrängen, bei gleichzeitiger Tolerierung der Neofaschisten, die einerseits ja legal sind, also muß man ihnen auch demokratischen Schutz gewähren, gegen die man andererseits ja als Demokrat gemeinsam nicht müde wird, Lippenbekenntnisse abzulegen, ohne in der Praxis auch nur einen Finger zu rühren.

0231/416665

antifa-Telefon dortmund

Was ist das Antifa-Telefon?

Das Antifa-Telefon ist eine Aktion des Antifaschistischen Forums Dortmund. Es soll in Zukunft als Sammelstelle für Informationen über faschistische Aktivitäten dienen. Aus diesen Informationen sollen dann konkrete Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Wichtig ist dabei, daß möglichst viele Menschen sich des Antifa-Telefons bedienen und mit ihren Informationen zum antifaschistischen Kampf beitragen. Wichtige Aktionen wären zum Beispiel:

- faschistische Aktionen jeglicher Art (Schmierereien, Flugblattverteilen, Angriffe auf Sachen und Personen, etc.)

- Termine und Örtlichkeiten von faschistischen Treffen
- Namen, Adressen und Personenbeschreibungen von Faschisten.

Dem Informationsmangel in der Öffentlichkeit über die faschistische Szene in Dortmund soll durch regelmäßige Veröffentlichungen und gezielte Pressearbeit entgegengewirkt werden.

Das Antifa-Telefon ist seit dem 19. April 1989 jeden Mittwoch von 19.00 bis 21.00 Uhr besetzt. Die Rufnummer ist DO 416665.

An Tagen, die eine besondere Aufmerksamkeit der Antifaschisten erfordern, gibt es eine Sonderbesetzung.

ANZEIGE



BUCHHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund I
Telefon 02 31 14 16 89

Blick nach draußen

Ulm, 31.5.89

Ursprünglich wollte Schönöhuber am 30. Mai in der städtischen Donauhalle (Ulmmesse GmbH) sprechen. Zu diesem Zeitpunkt war die Halle aber belegt.

Die Ausweichgaststätte "Braustüble" wurde vom Pächter nach Protesten der Gewerkschaften und Einzelpersonen gekündigt. Daraufhin mieteten die Republikaner die Donauhalle für den 12. Juni.

Mit einem Flugblatt mobilisierte eine Aktionseinheit gegen die Veranstaltung, beteiligt daran Arbeitskreis Einwanderung und Asyl Biberach, Bezirkschülervertretung, Naturfreundejugend, SDAJ, SJD-Die Falken, Devrimci İşçi, DIDF, DKP, Die Grünen, Fachschaft Bunte Spritze Uni Ulm, MLPD, TKP/ML Bewegung, Türkei-Informations-Komitee, UStA Uni Ulm, Volksfront und VVN/BdA.

Die Gewerkschaften wollten sich wegen der MLPD u. a. nicht beteiligen. Die Ulmmesse GmbH forderte von den Republikanern 2300 DM Miete zuzüglich Nebenkosten. Zusätzlich verlangte die Messengesellschaft 50000 DM Kautionsleistung. Die Re-

publikaner kündigten daraufhin den Vertrag wegen "unzumutbarer Vertragsbedingungen", wie Bundessprecher Harald Neubauer erklärte. Im Aufsichtsrat der Ulmmesse GmbH hatten die Vertreter der Grünen und der SPD gegen eine Vergabe der Donauhalle an die Republikaner gestimmt. CDU, Freie Wählergemeinschaft und die Stadtspitze mit OB Ludwig hatten zugestimmt.





Münster Essen, 31.5.89

Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster sind Städte und Gemeinden nicht dazu verpflichtet, Parteien Auskünfte aus dem Melde- register zu erteilen (AZ 18 B 1630/89).

Anlaß dieser Entscheidung war ein Auskunftsersuchen der faschistischen DVU- Liste D, die von der Stadt Aachen die Adressen aller Wahlberechtigten der Jahrgänge 1900 bis 1930 erhalten wollte.

Nach dem Meldegesetz NRW und dem Melde- rechtsrahmengesetz kön- nen Städte und Gemeinden Parteien im Zeitraum von sechs Monaten vor Wahlen solche Auskünfte geben. Die Stadt Aachen verwei- gerte die Herausgabe der

Adressen mit der Begrün- dung, es lägen zahlreiche Proteste von Bürgern ge- gen die Herausgabe von Adressen, insbesondere an

faschistische Organisatio- nen, vor. Sie werde - an- ders als bei bisherigen Wahlen - deswegen an kei- ne Partei mehr Adressen- material herausgeben.

Das Verwaltungsgericht Aachen wollte die Stadt in der ersten Instanz zur Her- ausgabe der Adressen zwingen. Begründung: Das Parteienprivileg stehe über dem Recht auf "infor- melle Selbstbestimmung" der Bürger. Die Stadt müs- se jeder Partei, die dies wünscht, Auskunft ge- ben. Dieser Rechtsauffas- sung widersprach das Oberverwaltungsgericht Münster.

Die DVU-Liste D hat nach dem Urteil ihre Anfragen auch in anderen Städten wie Essen und Dortmund zurückgezogen. Der Ord- nungsdezernent der Stadt Essen, der der DVU-Liste D die angefragten Adressen trotz Protest antifaschi- stischer Organisationen schon herausrücken woll- te, ohne gerichtliche Schritte auch nur abzu- warten, bewertete das Ur- teil als "kleine Sensation".

Ingolstadt, 18.5.89

Türkische Arbeiter führten einen auf eine Woche befristeten Hungerstreik im DGB-Haus durch, um auf den blutigen 1.Mai in Istanbul aufmerksam zu machen und sich mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Türkei gegen das Militärregime zu solidarisieren.

Die Aktion wurde unterstützt von mehreren deutschen Organisationen, wie DKP, VVN, SDAJ, den Grünen und dem Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung in der Region.

Im Flugblatt der türkischen Aktionsgemeinschaft heißt es:

"Am 1.Mai, dem Tag, der als Tag der Arbeit auf der ganzen Welt gefeiert wird, haben in der Türkei Militär und Polizei die Arbeiter, die den 1.Mai friedlich feiern wollten, angegriffen und mehrere Arbeiter ermordet...Für die türkische Arbeiterklasse ist diese Art der blutigen Auseinandersetzung nicht neu. Auch den anderen Staaten sind sie durchaus bekannt: Am 1.Mai 1977 füllten tausende von Arbeitern den gleichen Platz in Istanbul, als das faschistische Regime 37 Arbeiter tötete und hundert verwundet wurden...Die herrschenden Kräfte haben bisher nicht der geringsten ökonomischen, demokratischen oder politischen Forderung der türkischen Arbeiter nachgegeben oder sie nur geduldet. Jede Bewegung wurde von ihnen mit faschistischer Brutalität unterdrückt oder schon im Keim zu ersticken versucht.... Wir, die hier lebenden Arbeiter aus der Türkei, protestieren mit aller Schärfe gegen die faschistischen Angriffe auf unsere Brüder und Schwestern. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf und rufen die demokratische Öffentlichkeit zur Solidarität auf: die Menschenwürde muß die Unterdrückung besiegen; nieder mit den Verantwortlichen für das Blutbad am 1.Mai; keine militärische und finanzielle Unterstützung an die Türkei durch die deutsche Bundesregierung!"



Paderborn, 10.6.89



Am Samstag, dem 6. Mai, hatten die Republikaner ihren ersten Stand seit langem in der Westerstraße vor der Post. Gleichzeitig hatte die Evangelische Jugend einen Stand vor der Franziskanerkirche, wo sie über Nazipropaganda und die Gegenwehr in Paderborn in der letzten Zeit ausstellten.

Nach und nach fanden sich andere AntifaschistInnen ein und beratschlagten, was zu tun sei. Nach einer zähen Meinungsbildung wurde eine Menschenkette um den REP-Stand gebildet, was eine weitere Verbreitung ihrer Propaganda verhinderte.

Die Reps wurden zunehmend aggressiver, fotografierten die Gegendemonstranten, und als dann noch ein Plakat ihres Führers Schönhuber mit Farbe bekleckert wurde, riefen sie deutsche Polizisten. Diese eilten in zwei Wagen herbei, nahmen die Personalien eines, von den Reps willkürlich denunzierten, Antifaschisten auf, der mit den Farbtupfern nicht das geringste zu tun hatte.

Die Gegenanzeige wegen Verleumdung wollte die Polizei allerdings nicht aufnehmen. Hierzu war sie erst auf Druck der Umstehenden bereit. Der Aufforderung, den Film mit den Fotos der Gegendemonstranten zu beschlagnahmen, kam sie überhaupt nicht nach. Die Sympathie für die Reps war offensichtlich.

Am darauffolgenden Samstag waren die AntifaschistInnen insofern besser auf einen Stand vorbereitet, als daß Flugblätter gegen die Reps vorhanden waren; nur daß die Reps keinen Stand machten, sondern zu dritt ihren braunen Dreck mobil loswerden wollten. Das wurde ihnen erschwert, indem sie in Gespräche (Diskussionen wäre zuviel gesagt) verwickelt wurden. Dadurch vernachlässigten sie ihre Verteilerpflicht.

Zwar hatten die Reps auch für den 27.5 wieder einen Stand angemeldet, trauten sich aber offensichtlich nicht, ihn auch durchzuführen. AntifaschistInnen warteten vergeblich auf sie. Die Reps waren zum Flugblattverteilen ins benachbarte Bad Lippspringe ausgewichen.

"RETTET DEN DEUTSCHEN VORGARTEN...."

Siebzig Besucher im Gemeindesaal Magdalenenstraße in Recklinghausen-Süd, nicht weit entfernt von den "Schlichtwohnungen" in der Strünkedestraße, wurden mit diesem Problem konfrontiert.

"Koordination für Flüchtlingsfragen" und "Antifaschistischer Bund Recklinghausen" hatten, bewußt in der Nähe der Straße, wo zur Zeit überwiegend Asylbewerber aus der Volksgruppe der Roma, aus dem Libanon und der Türkei, sowie deutsche "Obdachlose" untergebracht sind, zur Veranstaltung "Sind die Deutschen ausländerfeindlich?" eingeladen.

Untergebracht oder eingepfercht - man findet kein angemessenes Wort für die seit Jahrzehnten dort praktizierte menschenunwürdige Behandlung der "Obdachlosen" und später auch der "Asylbewerber".

Die Nachbarschaft hat nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, zu größerer Nähe und Verständnis zwischen den Menschen im Stadtteil geführt. Im Gegenteil: Der Unmut der deutschen "Nachbarn" richtete sich im vergangenen Jahr immer offener gegen "die Ausländer", insbeson-

dere "die Zigeuner". Ihnen insbesondere wirft die deutsche Anwohnerschaft vor, "die werfen Müll über die Hecke", "die verrichten ihre Notdurft auf offener Straße" und "Diebstähle sind an der Tagesordnung".

Eine "Deutsche Bürgerinitiative" hatte sich gebildet, die mit einer Unterschriftenaktion von der Stadt Recklinghausen ultimativ den Abriß der Schlichtwohnungen forderte.

Sie hat sich inzwischen mit ihren Forderungen durchgesetzt. Die Häuser werden abgerissen; angeblich war das schon lange geplant und der größte Teil der "Zigeuner" hatte die Häuser schon vor Monaten verlassen, dennoch verbleiben auch jetzt noch Asylbewerber in den noch nicht abgerissenen Häusern. Vermutlich sieht die Stadt noch keine Möglichkeit, sie auf einen Schlag woanders unterzubringen.

Diese Veranstaltung wäre viel früher fällig gewesen, doch auch zum jetzigen Zeitpunkt war sie noch sinnvoll. Es zeigte sich zum einen, wie tief die Vorurteile gegenüber Ausländern schon sitzen (Im-



merhin wählten in diesem Gebiet über 9% die Republikaner gegenüber 4,7% im Stadtdurchschnitt), zum anderen wurde aber deutlich, daß allein die intensive und geduldige Auseinandersetzung dazu beitragen kann, Vorurteile abzubauen.

Einige deutsche Anwohner waren nach der Veranstaltung bereit, auf die Gruppe der Roma zuzugehen, um für die Zukunft bessere Möglichkeiten der Verständigung auszuloten. Die Initiative der AWO für ein Straßenfest geht auch in die richtige Richtung.

Auf der Veranstaltung sprach ein Vertreter der örtlichen SPD und dann einer vom AFB. Dabei zeigten sich deutlich unterschiedliche Vorstellungen über Ursachen und Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit

in Süd. Viele der Anwohner, und auch der SPD-Vertreter, wollten den Eindruck erwecken, es handele sich um eine Frage, die man schon mit etwas "praktischem Geschick" lösen könne.

Höchst merkwürdig war dann aber die Reaktion einiger deutscher Anwohner, als der AFB-Vertreter auf die neofaschistischen Organisationen wie DVU und REP hinwies, die gerade auf der Flamme der Ausländerfeindlichkeit ihr Süppchen zu kochen gedächten. "Man soll uns doch bloß mit der großen Politik in Ruhe lassen, es geht nur um unsere sauberen Vorgärten!"

Die Wahlergebnisse des 18. Juni haben gezeigt: Es geht um mehr als die deutschen Vorgärten.

ANZEIGE



„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12

4370 Marl

(02365/ 13448)

Schaut mal rein!

Der braune Dreck muß weg

In einer großen Mülltonne wurde die DVU-Postwurf-sendung wieder eingesammelt, die in den Tagen vor dem 7. Juni den Recklinghäuser BürgerInnen gegen ihren Willen in die Briefkästen geregnet war.

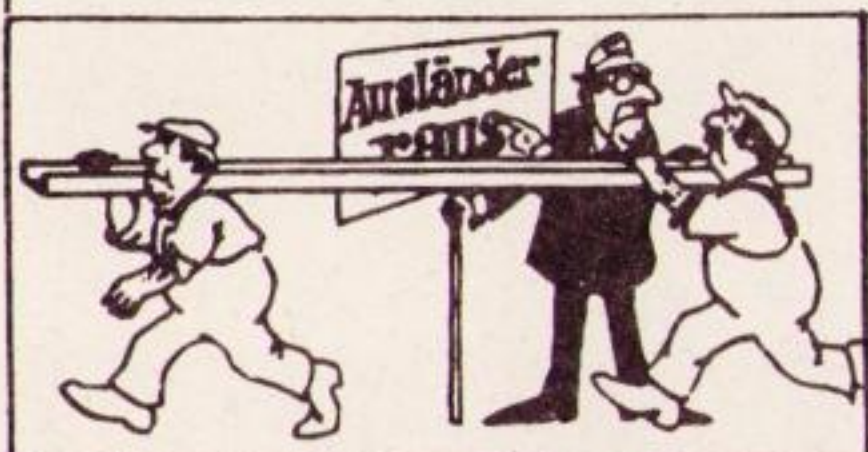
Die "RecklinghäuserInnen gegen aufkommenden Faschismus" hatten im Vorfeld durch Flugblätter und Zeitungshinweise auf diese Aktion aufmerksam gemacht.

Viele Bürger konnten diese Aktion nur noch moralisch unterstützen, weil sie, wie sie bekundeten, "den braunen Dreck gleich in den Müll geworfen" hatten.

Trotzdem kam noch soviel "brauner Dreck" zusammen, daß die Mülltonne voll war, als sie im Anschluß an die Aktion mit einer kleinen Demonstration durch die Stadt zum Hauptpostamt befördert wurde.

Dort wurde ein Paket gepackt und an Herrn Frey in München zurückgeschickt mit dem Hinweis: "Gebühr bezahlt Empfänger".

Viele, auch die Recklinghäuser Presse, vor allem aber die Schalterbeamten bei der Post, waren von dieser Aktion sichtlich angetan.



IMPRESSUM

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Tschentscher, Börster Weg 36, 435 Recklinghausen

Redaktionsanschrift: AntifaZ, Deutsch-Türkischer Verein Recklinghausen e.V., Am Steintor 5, 435 Recklinghausen

Redaktionssitzung: Mittwochs 17.00 Uhr, Haus des Deutsch-Türkischen Vereins

Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen, BLZ 426500, Konto Nr. 100022938

Auflage: 500

Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T., Eckhard, Ingrid, Thorsten, Falko, Antje, Klaus, Petra und Sieglinde

Druck: druckwerk, Wellinghoferstr. 103, 46 Dortmund 30

Skinheadtreffen in Nieheim/ Kreis Höxter

Vergleichsweise harmlos endete am 17. Juni ein großes Skinheadtreffen in dem kleinen Ort Nieheim. In der 3000-Einwohner-Gemeinde versammelten sich rund 700 Skinheads aus dem ganzen Bundesgebiet, Berlin sowie aus Österreich.

Anlaß war ein Konzert, bei dem drei Bands spielten. Dazu vergab die Gemeinde wie selbstverständlich ihre Stadthalle per Mietvertrag an die Skins.

Initiator war ein Skinhead aus Höxter, der bereits zum dritten Mal in der Region ein Skin-Konzert organisierte. Nach Ende des Konzertes mußten starke Polizeikräfte die Stadthalle gewaltsam räumen, nachdem dort von den Glatzköpfen nach exzessivem Alkoholgelage massiv randaliert wurde. Die Polizei beschränkte sich auf Personalienfeststellungen, Festnahmen gab es keine.

An den Wänden der Stadthalle prangten mehrere Hakenkreuze sowie faschisti-

sche Parolen, darunter der Satz "Kauft nicht bei Juden!". Der Sachschaden in der Halle betrug nach Angaben des Bürgermeisters 10000 DM. U.a. wurde der gesamte Parkettfußboden zerstört. Die Gemeinde habe sich, so der Bürgermeister, vor der Veranstaltung an die Polizei gewandt, diese habe jedoch keinerlei Bedenken gegen das Konzert geäußert.

DIE REPUBLIKANER

Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

2370 Rendsburg, Postfach 6 04

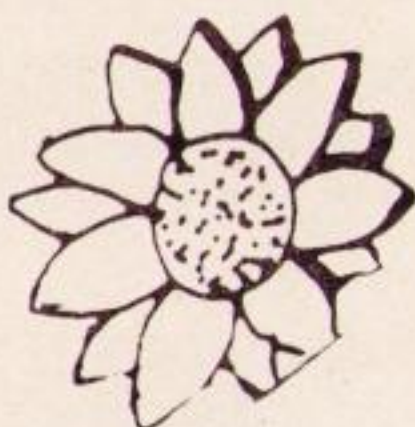
2353 Nortorf, Postfach 13 66

Und sie schämen sich nicht!

Unsere Plakatierungen waren einem beispiellosen Vandalismus ausgesetzt und Objekt planmäßig agierender Zerstörungstrupps!

ANZEIGE

Sonnenblume



Sprüngetr. 2
am Hauptbahnhof



Käufliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen...

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...



Montags bis Freitags: 9-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr



Naturkost



Leserbrief

7.4.89

also das erste, was uns an eurem artikel zur demo in essen aufgefallen ist, ist die ziemlich miese polemik, die sich ganz hindurchzieht; die es uns insgesamt sehr schwer macht, den bericht als teil einer politischen auseinandersetzung zu sehen. als nächstes der ganz und gar konfuse aufbau, die sachlichen fehler und die inhaltlichen beschränkungen.

um die kernpunkte zusammenzufassen: gleich zu beginn wird kritisiert, daß sich die teilnehmerinnen der demo am 11.2. über die wirkung auf die passanten keine gedanken gemacht hätten, bei vielen "waren lediglich die augen zu sehen". ihr bemängelt die (mit ausnahme der kundgebungen) "völlig fehlende Bereitschaft, die ziele der demonstration zu vermitteln", die demo habe "in einer erbärmlichen und schleppenden organisation im stile einer katholischen springprozession" stattgefunden. insgesamt habe die demo "dem weiteren kampf gegen den abbau demokratischer rechte (??, d.v.), insbesondere dem kampf gegen die flut der §129a-verfahren und -urteile eher geschadet". unserer meinung nach verfolgte die demo in essen im wesentlichen drei ziele: zum ersten praktische solidarität mit ingrid strobl, den gefangenen im hungerstreik und den kri-

minalisierten und von beugehaft oder sonstigen angriffen bedrohten menschen zu zeigen. zweitens ging es darum, die öffentlichkeit auf die zur zeit stattfindenden repressionen und angriffe aufmerksam zu machen und zu zeigen, daß sich viele menschen dagegen wehren. und schließlich war ein wichtiges ziel für die teilnehmerinnen, die eigene stärke und solidarität zu spüren, zu erleben, daß viele menschen für die gemeinsamen ziele kämpfen. daß sich zu diesen themen und den zwei aufrufen in einer zeit zunehmender verfolgung der außerparlamentarischen opposition die größte demo der letzten jahre im ruhrgebiet formiert hat, ist in unseren augen ein wichtiger schritt gegen kriminalisierungs- und spaltungsversuche des staates.

in dem antifaz-artikel geht es allerdings nur um die wirkung der demo und einiger parolen auf die passanten bzw. die bullen. zwei inhaltliche aufrufe, die monate vorher durch die ganze brd kursierten, flugblätter, die während der demo verteilt wurden, die lautsprecherdurchsagen fallen unter den tisch; die redebeiträge im rahmen der zwischen- und abschlusskundgebungen werden nur am rande erwähnt. mal abgesehen von der reichlich mackerhaften art, in der von oben herab der ablauf der demo beschrieben wird (was sich

bis in formulierungen wie "trotzdem ist das gesamtverhalten der autonomen demonstranten in aller deutlichkeit zu kritisieren" erstreckt - wer von euch hat denn das **gesamtverhalten** so genau beobachtet?), stellt ihr euch denn ehrlich vor, am rande einer demo in größerem umfang politische aufklärungsarbeit zu leisten, über das flugblattverteilen hinaus, womöglich durch das bullenspallier hindurch? so eine vorstellung ist wohl mehr als blauäugig, jedenfalls nach unseren erfahrungen. es hat euch aber doch bestimmt niemand abgehalten, nach herzenslust mit den bürgern zu diskutieren, oder?

im übrigen gehen in eurem artikel die inhalte, die ihr den bürgern vermitteln wollt (wolltet?) insgesamt unter, besser gesagt: sie tauchen bröckchenweise, zerstückelt und verkürzt irgendwo auf, genau wie in den anderen zeitungen. ja, die inhalte waren nicht das thema des artikels, sondern eine nebensache im rahmen der demoverhaltens- und -organisationskritik.

um das mal ganz klar zu sagen: auf eine demonstration für die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand, eine antirepressions- und anti-129a-demo wird vom staat anders reagiert als etwa auf einen ostermarsch. nach der erfahrung der letzten demos, bei de-

nen gezielt leute, die transparente mit der zusammenlegungsforderung trugen, von bullengreiftrupps angegriffen wurden (und später §129 a-verfahren an den hals bekamen), bei denen es übergriffe auf lautsprecherwagen und ähnliche aktionen von bullenseite gab, halten wir es für sinnvoll, uns zu ver mummen, ketten zu bilden, die seiten der demo mit stangen, seilen, transparenten zu schützen. damit wären wir bei zwei punkten, die euer artikel wohlweislich verschweigt: erstens bei der tatsache, daß es während der gesamten demo und während des abmarsches vom kundgebungsort zurück in die innenstadt ein spalier von normalen und sek-bullen gab (die teilweise ganz schön gerempelt haben); habt ihr das etwa übersehen? und warum schreibt ihr nichts über die knüppelorgie der sek-bullen während der abschlußkundgebung, bei der mehr als dreißig menschen zum teil sehr gefährlich verletzt, sieben menschen verhaftet wurden? lediglich durch kettenbilden und einigermaßen geordnetes zurückgehen (solange das noch ging) konnten wir verhindern, daß noch mehr menschen verletzt wurden. irgendwelche bürger, die da zu hilfe kamen (ihr sprecht von der "absoluten verachtung der sonstigen bürger, von denen selbstverständlich keine

hilfe erwartet wurde") haben wir nicht gesehen - ihr etwa? für uns ist jedenfalls klar, daß wir uns nicht auf irgendwelche im nachhinein von oben herab geäußerten mutmaßungen über wahrscheinliche polizeitaktiken verlassen werden, sondern unseren schutz erstmal selbst organisieren.

im übrigen: was für eine merkwürdige unterscheidung zwischen politischen gefangenen und "kriminellen" verbreitet ihr? kennt ihr etwa keine politischen gründe für <gewöhnliche< kriminalität? weiter: woher nehmt ihr den begriff der "stellvertreter - kampfansage an den staat", den ihr irgendwie aus der parole "wir sind nicht alle, es fehlen die gefangenen" herleitet? könnt ihr denn so genau zwischen denen, die staatliche politik ausführen, den staat stellvertreten und dem staat selbst unterscheiden? im übrigen haben wir uns rein defensiv verhalten, die angriffe gingen nicht von uns aus. wie kommt ihr schließlich dazu, das verhalten der autonomen frauen, die einen typen nicht durch ihren block marschieren lassen wollten, als chauvinistisch zu bezeichnen: was hat denn ein mann im frauenblock zu suchen? auch nur als passant? könnt ihr die entscheidung der frauen, wie sie sich geschlossen auf der demo verhalten, nicht respektieren?

zum schluß noch ein paar richtigstellungen über die beugehaftandrohungen: es ist überhaupt noch nicht klar, daß die zeuginnen im zusammenhang mit adler/lufthansa-anschlägen verhört werden sollen (oder woher wißt ihr das?). weiter stimmt es nicht, daß gegen die vorgeladenen wegen unterstützung der rz ermittelt wird (es geht um eine <kriminelle vereinigung>), oder daß sie vor ihren vorladungen nichts von den ermittlungsverfahren wußten.

"wer ernst machen will mit dem kampf gegen reaktion und faschismus muß die aktionseinheit aller demokratischen und antifaschistischen kräfte einschließ lich der revolutionären gruppen anstreben" stand in der antifaz. wir halten das im moment für reichlich hohle phrasendresche rei, zum einen aufgrund eurer polemik, eurer darstellung der autonomen als buhmänner und -frauen. zum anderen aufgrund der erfahrungen der letzten zeit (z.b. bei der vorbereitung der anti-skin-demo), daß aktionseinheit für euch heißt: einheit durch anbiederung an spd- und gewerkschaftsbonzen, der die aktion und inhaltliche vorstellungen dann zum opfer fallen und untergeordnet werden. mal sehen, ob sich da was ändert.

einige recklinghäuser autonome/fraktion antifatzkes

ANTIFAKOORDINATION NÖRDLICHES RUHRGEBIET

Am 14. Juni trafen sich zum ersten Mal Vertreter aus verschiedenen Städten des nördlichen Ruhrgebietes, um in Zukunft die antifaschistische Arbeit besser zu koordinieren, Erfahrungen auszutauschen und längerfristige Konzepte antifaschistischer Arbeit zu diskutieren.

VertreterInnen antifaschistischer Strukturen aus Herne, Wanne-Eickel, Gelsenkirchen, Gladbeck, Castrop-Rauxel, Bochum, Dortmund, Datteln, Dülmen und Recklinghausen hatten sich schon seit längerem bei Treffen und Aktionen darauf verständigt, daß eine Koordinierung der Arbeit im nördlichen Ruhrgebiet sinnvoll ist.

Beim ersten Treffen im Herner "3. Welt-Zentrum" waren Vertreter aus Gelsenkirchen, Bochum, Herne und Recklinghausen anwesend - immerhin ca. 15 Leute, was nach der unmittelbar vorange-

gangenen Aktion gegen den DVU-Auftritt mit Frey in Gelsenkirchen-Buer schon sehr erfreulich war.

Natürlich stand bei diesem Treffen die Einschätzung der antifaschistischen Aktionen im Zuge des Frey-Auftrittes ganz im Mittelpunkt der Diskussion.

Einmütig begrüßt wurde, daß etwa 1200 Leute gegen die DVU angegangen waren. Besonders hervorgehoben wurde auch, daß die AntifaschistInnen sich nicht aufspalten lassen dürften in "friedliche" und "militante", sondern daß die Auseinandersetzung um **gemeinsame Aktionen** fortgesetzt werden muß.

Die Treffen erfolgen regelmäßig im Abstand von vier bis sechs Wochen. Das nächste Treffen findet am **Dienstag, den 15. August, 19.00 Uhr, im "3. Welt-Zentrum" in Herne** statt.

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

ANZEIGE



Herner Str./Ecke Paulusstr.
4350 Recklinghausen
Tel. 02361-17002